

Antrag Nr. 10-F-06-0038

LiLi

Betreff:

Schutz medizinischer Daten von Leistungsberechtigten nach dem SGB
- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 18.8.2010 -

Antragstext:

Der Ausschuss möge beschließen

Der Magistrat möge dafür Sorge tragen, dass die Kosten für die Ausstellung einer Schwangerschaftsbestätigung für Berechtigte von SGB II und SGB XII durch das Amt für soziale Arbeit übernommen werden.

Diese ist zukünftig statt einer Kopie des Mutterpasses für die Gewährung des Mehrbedarfes einzufordern, da der Mutterpass persönliche gesundheitliche Daten enthält, die nicht relevant für die Gewährung von Leistungen sind.

Wiesbaden, 18.08.2010

gez. Veit Wilhelmy
Stadtverordneter

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsassistentin